

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15



Inhalt

Detlev von Larcher sieht in der Entscheidung von Bundesinnenminister Kanther, den Abschiebestopp zu beenden, eine Schande für unser Land.

Seite 1

Alwin Ziel gibt einen Überblick über die Beschlüsse der Innenministerkonferenz.

Seite 2

Franz Maget MdL kritisiert die Feiertagspolitik der bayerischen Staatsregierung zur Kompensation der Arbeitgeberanteile zur Pflegeversicherung.

Seite 3

Kein Bedarf für Handlungsbedarf. Aus der Lutz-Serie 'Bestiarium der politischen Sprache'.

Seite 4

49. Jahrgang / 226

28. November 1994

Kanther nimmt den Tod der Flüchtlinge in Kauf

Von Detlev von Larcher MdB
Sprecher der im Frankfurter Kreis versammelten Linken in der SPD

Der erklärte Wille von Bundesinnenminister Kanther, Kriegsflüchtlinge nach Restjugoslawien zurückzuschicken, ist eine Schande für unser Land. Die Verweigerung, den Abschiebestopp zu verlängern, bedeutet, daß unser reiches Land nicht bereit ist, Menschen vor Krieg, Tod und Verfolgung zu schützen. Diese Entscheidung des Bundesinnenminister, der dafür vom bayerischen Innenminister unterstützt wird, stürzt viele Familien in Angst und Schrecken, die bei uns vor Krieg und Tod Schutz suchen. Diesen Schutz nicht zu gewähren, ist zutiefst inhuman und empörend.

Wer Menschen in ein Kriegsgebiet zurückschickt, nimmt deren Tod bewußt in Kauf. Ich mache Manfred Kanther den Vorwurf, daß er Grundlagen unseres humanen Zusammenlebens mißachtet, weil er glaubt, damit den hessischen Wählerinnen und Wählern zu gefallen. Ich hoffe, daß er sich darin gründlich täuscht. Ich verstehe nicht, daß eine Partei, die wie die CDU vorgibt, christlichen Wertvorstellungen verpflichtet zu sein, sich so einen Innenminister leistet.

Mit seiner Entscheidung handelt der Bundesinnenminister auch gegen das sowieso restriktive Ausländerrecht, das durchaus gruppenweise Zuflucht ermöglicht für Bürgerkriegsflüchtlinge.

Die Absicht, mit Straftätern, also auch mit Kriegsdienstverweigerern, zu testen, ob eine tatsächliche Abschiebung möglich ist, zeigt, wie sehr die Prinzipien der Humanität pervertiert werden: Die Menschen, die zu uns vor Krieg und Tod geflohen sind, müssen nun darauf hoffen, daß die Kriegsherren sich weigern, sie zurückkehren zu lassen. Geschieht das nicht, müssen sie um ihr Leben fürchten.

Ich fordere alle Menschen in unserem Lande auf, durch Protestschreiben an den Bundesinnenminister in Bonn zu beweisen, daß sie nicht bereit sind, hilflose Menschen in Krieg und Tod zurückzuschicken. Nur massenhafte Proteste, insbesondere aus Hessen werden diesen herzlosen Minister umstimmen können.

(-/28. November 1994/ru/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Der Botschaft ist nichts bekannt
Zur Tagung der Innenminister und -senatoren in Magdeburg

Von Alwin Ziel
Innenminister des Landes Brandenburg

Zum fünften Mal ist die IMK jetzt in einem neuen Bundesland zusammengekommen, um Beschlüsse zu aktuellen politischen Fragen zu fassen. Mein Dank gilt der Gastfreundschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Mit unseren Sitzungen gerade in den ostdeutschen Ländern wollen wir auch den festen Willen unterstreichen, die Vollendung der Einheit voranzubringen.

Als Gast hat uns gestern der EU-Administrator Hans Koschnick einen eindrucksvollen Bericht über die Situation in Mostar gegeben, wo auch deutsche Polizeibeamte aus Ländern und Bund Dienst tun.

Über die Beschlüsse der heutigen Sitzung erhalten Sie eine schriftliche Zusammenfassung. Ich will einige aus meiner Sicht wesentliche Punkte herausstellen:

Breiten Raum in unseren Diskussionen haben Asyl- und Ausländerfragen eingenommen.

Im Hinblick auf Rückführungen aus Restjugoslawien wurde folgendes beschlossen: Die IMK bittet die Bundesregierung, angesichts der tatsächlichen Schwierigkeiten bei der Abschiebung nach Restjugoslawien die Voraussetzungen für eine Abschiebung schnellstmöglich zu verbessern. Soweit die Abschiebung schon jetzt möglich ist, werden Straftäter vorrangig abgeschoben.

Lassen Sie mich ein grundsätzliches Problem ansprechen, daß uns bei allen asyl- und abschiebungsrelevanten Entscheidungen belastet:

Einerseits erhalten wir ausführliche, teilweise aber auch sehr formale Berichte des Auswärtigen Amtes über die Situation in den betreffenden Staaten. Es heißt darin etwa - ich verkürze jetzt - "Fälle politischer Verfolgung oder Verletzungen von Menschenrechten sind der Botschaft nicht bekannt."

Andererseits erreichen uns aber Berichte verschiedener Menschenrechtsorganisationen - amnesty international, Gesellschaft für bedrohte Völker und andere - die detailliert und zum Teil auch mit Dokumenten belegt Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen in eben diesen Staaten beschreiben. Zum Beispiel haben gestern der Innenminister von Sachsen-Anhalt und ich eine Delegation aus dem Kreis der vor unserem Tagungshotel abgehaltenen Mahnwachen empfangen, die uns sehr dezidierte Schilderungen von schlimmen Vorkommnissen gab.

Die Innenminister sind permanent damit konfrontiert, diese Unterschiede zu bewerten. Zunehmend haben daher Länderinnenminister eigene Delegationen in diese Staaten geschickt oder einheimische Rechtsanwälte beauftragt, um mehr Klarheit über die Situation vor Ort zu erhalten. Nicht zuletzt deshalb, weil sich die Berichte des Auswärtigen Amtes nicht ausreichend mit dem Vorbringen der Menschenrechtsorganisationen auseinandersetzen, sehen sich Länder auch gezwungen, - gewissermaßen vorbeugend - humanitären Schutz durch Abschiebestopps zu gewähren.

Lassen Sie mich jetzt zu einigen von der IMK beschlossenen Punkten kommen:

Wir haben uns gegen die geplante Begrenzung der Arbeitslosenhilfe zu Lasten der kommunalen Gebietskörperschaften ausgesprochen. Denn eine Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre und die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe würde die kreisfreien Städte und Landkreise als Träger der Sozialhilfe jährlich mit rund vier Milliarden DM belasten. Ein Konsolidierungsbeitrag in dieser Größenordnung ist den Kommunen aber nicht zumutbar.

Für die Kommunen ist weiter von Bedeutung, daß die IMK bekräftigt hat: Ehrenamtliches Engagement in den freiwilligen Feuerwehren ist für einen flächendeckenden Brandschutz unverzichtbar. Wegen zusätzlicher Aufgaben und dadurch noch vergrößerten Zeitaufwands halten wir eine verbesserte steuerliche Behandlung der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Funktionsträger der Feuerwehren für erforderlich. Derzeit bleibt nur ein Drittel ihrer Aufwandsentschädigung, höchstens 300 DM, monatlich steuerfrei.

Für Beamte in den neuen Ländern ist folgendes wichtig: Die IMK bemüht sich weiterhin, Bewährungsbewerber die grundsätzliche Versetzungsmöglichkeit in alle - also auch die alten - Bundesländer zu eröffnen. "Bewährungsbewerber" sind Bedienstete, die aufgrund spezieller Regelungen im Einigungsvertrag ohne den in den alten Ländern vorgesehenen Vorbereitungsdienst durch Bewährung am Arbeits-

platz und begleitende Fortbildung Beamte wurden. Der Bundesminister des Innern wurde gebeten, eine gesetzliche Regelung zur gegenseitigen Anerkennung der für Beamte im Beitrittsgebiet zuerkannten Befähigung herbeizuführen. Bis dahin sollen nach dem Willen der IMK die bereits jetzt vorhandenen beamten- und laufbahnrechtlichen Möglichkeiten zur Versetzungswünsche in die alten Bundesländer genutzt werden.

Hinsichtlich der Zulassung von gemeinnützigen Lotterien wurde folgendes beschlossen: Die IMK ist der Auffassung, daß das Bedürfnis der Bevölkerung, an solchen bundesweiten Lotterien teilzunehmen, gegenwärtig weitgehend befriedigt ist. Wir sind der Ansicht, daß möglichst wenig Lotterien gleichzeitig veranstaltet und auch neue gemeinnützige Zwecke vorrangig durch schon bestehende Lotterien gefördert werden sollten.

Zum Thema "Polizei und Ausländer" sind wir der Auffassung, daß es sich bei Übergriffen der Polizei gegenüber Ausländern, denen ein fremdenfeindlicher Hintergrund zugeordnet wird, um nicht u verallgemeinernde Einzelfälle handelt. Undifferenzierte Verallgemeinerungen - wie jüngst von amnesty international - schädigen das Ansehen der Polizei und beeinträchtigen das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei insgesamt. Ich entspreche gerne der Bitte des GdO-Vorsitzenden, dies hier klarzustellen.

Jeder einzelne Verdachtsfall wird auch weiterhin mit der gebotenen Sorgfalt untersucht und gegebenenfalls geahndet. Angesichts der zunehmenden Zahl von Ausländern in der Bundesrepublik und der internationalen Verflechtungen ist die Steigerung der sozialen Kompetenz der Polizeibeamten im Umgang mit Ausländern eine wichtige und fortdauernde Aufgabe.

Die IMK begrüßt die Durchführung eines Forschungsprojekts ("Fremdenfeindlichkeit und Polizei") mit unitelbarem Bezug zur polizeilichen Arbeit und unter externer Beteiligung.

Die Konferenz hat die bereits im vergangenen Jahr beschlossene Einstellung von Ausländern in die Polizei bekräftigt und begrüßt, daß dies in den meisten Ländern bereits erfolgt ist.

Im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogramms des Bundes und der Länder wird im nächsten Jahr ein "Präventionspreis" verliehen. Die IMK wird im September 1995 in Berlin einen Fachkongreß zu Präventionsfragen durchführen.

Die Empfehlungen der IMK zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch einen von Baden-Württemberg im Bundesrat eingebrachten Entwurf eines "Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ..." umgesetzt, sofern die Empfehlungen des Bundesrats-Innenausschusses vom Juni diesen Jahres Berücksichtigung finden. Die Betonung des Zeitfaktors ist das Wesentliche. Die einschlägige Gesetzesstelle lautet: "Das Verwaltungsverfahren ist zügig durchzuführen".

Zuletzt noch eine technische Mitteilung: Die nächste IMK-Sitzung findet am 19. Mai 1995 statt. Gastgeber ist Berlin.

(-/28. November 1994/ru/ks)

Pflegeversicherung: Schluß mit dem heuchlerischen Spiel um die Kompensation!

Von Franz Maget

Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses im Bayerischen Landtag

Was CSU und Staatsregierung jetzt zur Kompensation der Kosten für die Pflegeversicherung anbieten, ist ein starkes Stück an Heuchelei und politischer Falschmünzerei. In seltener Deutlichkeit hat die "Aktionseinheit" von CSU und Staatsregierung ihre Doppelstrategie gefahren:

- o Die Staatsregierung legt einen Gesetzentwurf vor, in dem sie die Abschaffung eines Feiertages, nämlich des Buß- und Bettages, vorschlägt.
- o Die CSU-Landtagsfraktion legt gleichzeitig einen Dringlichkeitsantrag vor, der so tun, als gäbe es eine Alternative, und spielt sich so wider besseres Wissen als Retter der Feiertage auf.

Dazu muß man wissen, daß genau diese CSU sich besonders hervorgetan hat, als es um die Forderung nach Kompensation des Arbeitgeberanteils für die Pflegeversicherung ging. Damit wurde uns Sozialdemokraten, die wir so schnell wie möglich die Einführung der Pflegeversicherung wollen, auch die Streichung

eines Feiertages als Lösung im Bundespflegegesetz aufgezwungen. Wir wollten diese Lösung nicht. Wir haben nur zugestimmt, um nicht ein gänzlichliches Scheitern der Pflegeversicherung zu riskieren.

Jetzt stehen wir vor der Situation, vor der wir immer gewarnt haben: Wir können nur noch zwischen schlechten Lösungen auswählen, die allesamt eine Belastung der Bevölkerung mit sich bringen.

Als Lösungen kommen für uns auf keinen Fall in Frage,

- o daß die Arbeitnehmer den gesamten Beitrag - einschließlich des Arbeitgeberanteils - aus ihrer eigenen Tasche bezahlen oder
- o daß Karenztage eingeführt werden; es ist nicht hinnehmbar, daß die Kranken die Zeche für die Pflegebedürftigen bezahlen.

Dann bliebe noch der Ausweg einer Kürzung von Urlaubstagen, der zum einen technisch überhaupt nicht machbar ist und zum anderen sich wegen der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie verbietet.

Daß die Situation so verfahren ist, daran hat die SPD keine Schuld. Wir haben bereits vor Wochen einen konkreten Vorschlag für Bayern gemacht, wenn auch nicht aus frohem Herzen, sondern gezwungenemmaßen: In überwiegend katholischen Gebieten sollte der Buß- und Betttag fallen, in überwiegend evangelischen Gebieten der Fronleichnamstag. Dieser Vorschlag wäre unter allen schlechten Lösungen noch die verträglichste gewesen.

Es wird höchste Zeit, daß CSU und Staatsregierung und insbesondere ihr Ministerpräsident sich endlich zu ihrer Verantwortung bekennen. Herr Stoiber muß aufhören, dem jahrzehntelangen und unerträglichen Gezerre um die Pflegeversicherung, die nun endlich Wirklichkeit geworden ist, dadurch die Krone aufzusetzen, daß er sein heuchlerisches Spiel um die Kompensation fortsetzt.

(-/28. November 1994/ru/ks)

Bedarf an "Handlungsbedarf"? **Aus dem Bestiarium der politischen Sprache**

Von Egon Lutz

Woran erkennt man ein politisch ambitioniertes Flappermaul? Mit Sicherheit daran, daß es mindestens einmal täglich Beratungsbedarf anmahnt oder Handlungsbedarf einfordert. Wir betreiben hier bewußt Schindluder mit der deutschen Sprache. Sie ist ohnehin wehrlos, wenn sie ständig mit den oben wiedergegebenen Wortschöpfungen traktiert wird.

Den "Handlungsbedarf" haben uns jene Geistesreisen beschert, die auch sonst begierig Wortschöpfungen der Ökonomie und Soziologie nachplappern. Von dort kommen auch der "Grundbedarf", der "Ausstattungsbedarf" und die "Sonderbedarfe". Aber damit haben wir uns schon schweren Herzens abgefunden. Beim Handlungs- und Beratungsbedarf dagegen wird es Zeit, daß wir Alarm schlagen.

Wieviel eleganter klingt es doch, wenn wir formulieren: da ist ein Problem, über das wir nachdenken müssen? Oder sagen: Jetzt ist genug geredet worden, wir müssen handeln. Das versteht jeder, das beschreibt eindeutig unsere Position, das führt über die Klarheit der Sprache zur Klarheit im Denken.

Die Frage ist allerdings, ob wir das wirklich wollen. Wer von Beratungsbedarf redet, erteilt keinen Rat, hat vielleicht auch keinen, sondern zieht sich auf die höchst wolkige Position zurück, das etwas geschehen müsse. Gleiches gilt für den Handlungsbedarf. Wer den aufwirft, will eigentlich nicht handeln, sondern erwartet dies nur von anderen. So wird ein mieser Sprachgebrauch zum Synonym für Nichthandeln. Aber vielleicht wird gerade das bezweckt.

(-/28. November 1994/ru/ks)
